

KARL HARMS

Die »russische Krise«. Ursachen und Wirkungen

Im Zusammenhang mit der neuerlichen russischen Finanzkrise vom August 1998 erschienen in der Presse mehrere beachtenswerte Artikel zu deren Ursachen und Auswirkungen. In ihrem analytischen Teil konzentrieren sich diese fast ausschließlich auf Fehler und Versäumnisse der letzten Jahre und schenken dem Beginn des Übergangs von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft wenig Beachtung. Bei einem aufmerksamen Rückblick auf das Ende der »Perestrojka« und die Anfänge der Jelzin-Ära wird jedoch deutlich, daß die eigentlichen Ursachen der inzwischen permanenten russischen Krise in dieser Übergangsphase liegen. Bereits der *Beginn* des Übergangs zur Marktwirtschaft entsprach nicht den damals vorherrschenden Bedingungen. Genauer: *Das Grundübel der Übergangsphase von der Plan- zur Marktwirtschaft bestand in der Radikalität und Planlosigkeit, mit der der angezielte Umbruch vollzogen werden sollte!*

Karl Harms – Jg. 1935;
Dr. sc., Oberst a.D.
Militärwissenschaftler,
war Lehrstuhlleiter an der
Militärakademie in Dresden,
hat in der Sowjetunion
studiert und mehrere Jahre
dort gelebt.

Den überhasteten und planlosen »Reformen« lag eine Reihe ideologischer Überzeugungen zugrunde, die zum Ausgangspunkt für wirtschaftspolitische und methodische Fehlentscheidungen bzw. Versäumnisse wurden.

Breite Schichten der sowjetischen Bevölkerung haben im Verlauf der »Perestrojka«, die so hoffnungsvoll begonnen hatte, den Glauben an die Reformierbarkeit des bestehenden Systems verloren. Die zu Beginn der Umgestaltung verkündete Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung hatte nicht stattgefunden. Die Art und Weise, wie die Gesellschaft »demokratisiert« wurde, destabilisierte – keineswegs unerwartet – die bestehenden politisch-administrativen und wirtschaftlichen Strukturen, aber sie mündete auch in weit verbreitete politische Orientierungslosigkeit. Der Unmut über die hartnäckigen Mängel des »real existierenden Sozialismus« entwickelte sich schließlich zu einer Abwehrhaltung gegenüber jeder Form sozialistisch gefärbter Phraseologie – das Mißtrauen gegenüber Aufrufen, Appellen und Versprechungen wuchs unaufhörlich.

Die alltäglichen Erfahrungen mit einem erstarrten, reformfeindlichen System führten schließlich dazu, daß die sozialistische Idee an sich diskreditiert und später in opportunistischer Weise verleumdet wurde; und dies auch von Leuten, die sich früher als Gralshüter dieser Idee aufgespielt haben. Die massenhafte Abwendung vom Ideal einer sozialistischen Gesellschaft war – so tragisch dies auch erscheinen mag – die eigentliche Ursache für die überstürzt eingeleitete, radikale Umstrukturierung der sozialökonomischen Verhältnisse in der Sowjetunion bzw. in Rußland.

Eines der großen Verdienste der »Perestrojka« war die Abrechnung mit dem Stalinismus als einem spezifischen Staatstyp. Dies provozierte jedoch auch Gegenreaktionen von ideologischen Strömungen, die sich bereits in der Breshnewzeit herausbildeten und deren Kernaussagen – zugespitzt – darin bestanden: »Wir brauchen wieder einen Führer vom Schlage Stalins, der endlich Ordnung schafft. An den meißten unserer Mißstände sind die Juden als Teil einer internationalen imperialistischen Verschwörung schuld«. Eine mehr oder weniger geschickt »getarnte« Variante dieser Position wurde im berühmt-berüchtigten Brief von Nina Andrejewa an die Zeitung »Sowjetskaja Rossija« im Sommer 1988 publiziert. Die Kontroversen um diesen Brief bildeten den Höhepunkt der ideologischen Auseinandersetzungen zwischen »Reformern« und »Konservativen«. Aus Angst vor einer stalinistischen Revanche verbündeten sich in dieser Zeit breite Teile der sowjetischen Intelligenz – oft unbewußt – mit den in der Regel noch verdeckt tätigen antisozialistischen Strömungen. Im Volksmund und im Politestabliement wurde dieser sich herausbildende politische Flügel als »Demokraten« etikettiert.

Im Zuge der wachsenden politischen Polarisierung der Gesellschaft entstand nunmehr eine scheinbar paradoxe Situation. Die Kommunisten gerieten, nicht ohne Grund, in den Ruf des Konservativismus. Dagegen konnten die »Demokraten« für sich die Anziehungskraft kühner Ideen verbuchen (z.B. das »500-Tage-Programm«) und erzielten mit antiautoritären Losungen einige Wirkung (z.B. »Alle Macht den Sowjets!«). Zudem gab ihnen die Abfolge der Ereignisse die Möglichkeit, den Heiligenschein des Märtyrertums und den Ruf als konsequente Verteidiger von Glasnost und Demokratie zu vereinnahmen. Sie wurden von der breiten Öffentlichkeit als die Träger des Fortschritts empfunden, zumal sie sich damals noch eines sozialistischen Vokabulars bedienten.

Diejenigen, die die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen bejahten, jedoch nicht bereit waren, ihre sozialistischen Ideale aufzugeben, hatten nur einen geringen Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung. Denn noch waren die Grenzen der politischen Lager unscharf. Viele »demokratische Sozialisten« hingen (und hängen auch heute noch) aus Tradition an der Kommunistischen Partei oder verloren sich in der Vielzahl der sich neu bildenden Parteien und Bewegungen. Sie hatten (und haben bis heute) keinen charismatischen Wortführer und keine überzeugenden Alternativkonzepte.

Bekanntlich wurde das Land 1991 von einem verfassungsfeindlichen Umsturzversuch durch eine Gruppe sowjetischer Spitzenfunktionäre erschüttert. Dieses Ereignis veränderte das bereits labile Kräfteverhältnis entscheidend: Die Verfechter einer Umgestaltung in Richtung demokratisch sozialistischer Vorstellungen gerieten auf allen Ebenen in die Minderheit. Bei all seiner Wichtigkeit für den Selbstfindungsprozeß des Landes dominierte diese Auseinandersetzung zwischen »Reformern« und »Konservativen« die politische Situation über mehrere Jahre derart, daß fundamentale Fragen der ökonomischen Reformen und der Gestaltung eines modernen Rechtsstaates zu oft aus dem Blickfeld der Akteure gerieten.

»Wo aber sind die wirklichen Ursachen der jüngsten Ereignisse in Rußland? ... Um dies zu beantworten, sind vor allem die Mythen und die dahinter liegenden Ideologien zu entschleiern, die seit mehr als sieben Jahren die Ereignisse in Rußland vernebeln: der Mythos von der Privatisierung, der Mythos von dem Übergang zur Marktwirtschaft, der Mythos von der Reform und der Mythos vom sowjetischen Staat sowie vom sowjetischen Erbe als Hauptfeind und Haupthemmnis von Reformen.«
M. Brie/D. Rosenberg:
Die Krise war vorhersehbar und vermeidbar, in:
Neues Deutschland vom
4. September 1998.

»Die einzige Chance eine Konfrontation in der Gesellschaft zu vermeiden, die territoriale Einheit des Landes zu bewahren, die Anfänge der Marktwirtschaft und der politischen Demokratie zu sichern, ist die Einheitlichkeit der Handlungen der Regierung, der Duma und des Föderationsrates, die Unterstützung durch den produzierenden Wirtschaftssektor und einflußreiche politische Kreise.«
J. Masljkow (Stellvertreter des Vorsitzenden der Regierung der RF) in einem Interview, in: Wek, 46/98.

»In Rußland ist der weitgehend parasitäre und spekulative Überbau der Gesellschaft in die Krise geraten. Der Staat, unfähig oder unwillig, von der Finanzoligarchie die fälligen Steuern einzutreiben, hatte sich seit 1996 gleichzeitig gezwungen gesehen – zu Zinsraten von über 200 Prozent – von dieser Oligarchie Geld zu borgen. Von 1996 bis 1998 stieg der Anteil, den der Schuldendienst am Staatshaushalt ausmacht, von 2 auf 30 Prozent. Die Finanzgruppen borgten sich auf den internationalen Märkten zu niedrigen Zinssätzen jene Geldsummen, mit denen sie die russischen Staatsanleihen kauften. Nun ist der Staat unfähig, den Schuldendienst von 40 Milliarden zwischen Juni und Dezember 1998 (mehr als die gesamten Staatseinnahmen) zu bedienen. Und die Banken wiederum können ihre westlichen Gläubiger nicht mehr bezahlen. Die aktuelle Krise ist also die Krise einer parasitären Finanzpyramide.«
M. Brie/D. Rosenberg:
Die Krise war vorhersehbar und vermeidbar, in:
Neues Deutschland vom
4. September 1998.

In dem Maße, wie das Bildungs- und Kulturniveau der sowjetischen Bevölkerung wuchs, intensive Kontakte zur übrigen Welt entstanden, empfanden viele Bürger die Einschränkung elementarer ziviler Rechte und Freiheiten als quälend und unwürdig. Diese ideologisch motivierten Einschränkungen wurden noch überlagert von den Idiotien der sowjetischen Bürokratie und einem absurden Sicherheitsdenken innerhalb des KGB. Die Menschen wollten raus aus der realen und zum Teil vermeintlichen Enge der sowjetischen Gesellschaft. Hinzu kam die undifferenzierte Wahrnehmung des kapitalistischen Westens als Synonym für Freiheit und Wohlstand und als einzige Alternative zur bisherigen gesellschaftlichen Ordnung. Eine derart unkritische Sicht führte zur Geringschätzung eigener Potenzen, Fähigkeiten und Errungenschaften und förderte positive Erwartungshaltungen gegenüber schnellen und radikalen Veränderungen.

Die mit der »Perestrojka« einsetzende Diskussion über Mittel und Wege dringend notwendiger ökonomischer Reformen kreiste im Kern um die Marktwirtschaft. Dabei zeichneten sich, vor allem nach den ökonomischen Mißerfolgen der »Perestrojka« Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre, zwei Haupttendenzen ab.

Die erste Tendenz äußerte sich in der Betonung der Notwendigkeit eines längerfristigen Übergangsprozesses zu einem regulierten marktwirtschaftlichen System, an dessen Beginn die volle Ausschöpfung der Möglichkeiten des überkommenen Wirtschaftssystems stehen sollte. Die zweite Tendenz mündete in der Forderung nach einer möglichst schnellen und radikalen »Einführung« der Marktwirtschaft. Die Verfechter eines schnellen und radikalen Übergangs übersahen dabei jedoch die Notwendigkeit einer mehr oder weniger langen Zeit des Übergangs, der gerade in der Sowjetunion – wie in keinem anderen sozialistischen Staat – erforderlich war. Statt Vorsicht dominierte der primitive Glaube an die Allmacht des Marktes, der – wenn er erst einmal Fuß gefaßt hat – sich selbst regulieren würde.

Nach langem Zögern und Taktieren entschied sich Gorbatschow für den radikalen Weg, indem er öffentlich das damals heftig diskutierte »500-Tage-Programm« unterstützte und damit das von der Regierung Ryschkow auf den Weg gebrachte langfristige Reformkonzept dem Untergang preisgab. Die aus der Stalinzeit übernommene besondere Stellung des Generalsekretärs der KPdSU begünstigte die Passivität des sowjetischen Staats- und Parteiapparats, der sich ohne größeren Widerstand von der theoretischen und öffentlichen Auseinandersetzung weitgehend zurückzog. Die Oberhand gewannen endgültig die Anhänger schneller und radikaler Strukturveränderungen – die sogenannten »Radikalreformer«.

Zu dieser Zeit war die irrige Annahme weit verbreitet, es könnten Erfahrungen und Modelle des Westens konfliktlos und vor allem in kürzester Zeit übernommen bzw. kopiert werden. Erst später wurde klar, wie vielfältig und unterschiedlich marktwirtschaftlich-kapitalistische Gesellschaften weltweit ausgeprägt sind. Das betraf sowohl die »westlichen« Modelle parlamentarischer Konkurrenzdemokratie als auch die Funktionsprinzipien des Parteiensystems, die Art und Weise der Gewaltenteilung sowie die sozialen Sicherungssysteme.

Eine weitere, nicht zu unterschätzende Triebkraft für die Radikalisierung des Übergangsprozesses bestand darin, daß ein zunehmender Teil der Partei- und Staatsfunktionäre versuchte – angesichts der immer offensichtlicher werdenden Kardinalprobleme –, aus dem Diktat des überzentralisierten administrativen Kommandosystems zu entkommen. Um die Verwirklichung der eigenen Karriereinteressen (und sozialen Sicherungsansprüche) zu erreichen, nahmen einige von ihnen alles in Kauf; am Ende sogar den Zerfall der Sowjetunion und das Verbot der KPdSU. Der Zerfall bisher herrschender Strukturen und Hierarchien eröffnete für so manchen Funktionär oder höheren Verwaltungsangestellten ungeahnte Möglichkeiten politischen Karriere und/oder zur persönlichen Bereicherung. So erwies sich der »neue« Staats- und Wirtschaftsapparat schon nach kurzer Zeit als weitaus korrupter und ineffektiver als der geschmähte und zu Recht kritisierte sowjetische Staatsapparat.

Die fehlgeschlagene Umgestaltung unter Gorbatschow, die völlig überstürzte Auflösung des RGW, der beginnende Zerfall des arbeitsteilig hoch spezialisierten sowjetischen Wirtschaftsraumes, die Kämpfe in den oberen Machttagen um ideologische Dogmen, Posten und Privilegien und die Hast, mit der unter Jelzin begonnen wurde, die staatliche Planung und Leitung der Volkswirtschaft zu zerstören, begünstigten im Zeitraum von etwa 1990 bis 1992, als die Sowjetunion in die GUS »umgebildet« wurde, eine Reihe schwerwiegender Versäumnisse bzw. Fehlentscheidungen. Die Folgewirkungen dieser grundsätzlichen Versäumnisse und Fehlentscheidungen sind nicht zuletzt verantwortlich für die schon nach kurzer Zeit massiert auftretenden Krisenerscheinungen des russischen Staates, der Ökonomie, des Finanzwesens und der Sozialpolitik. Keine der später getroffenen halbherzigen Korrekturen konnte daran wesentliches ändern.

Wirtschaftsreformen zwischen Wunschenken und Wirklichkeit

Bekanntlich gehen die ersten grundlegenden Reformversuche in der Sowjetunion auf den Anfang der sechziger Jahre zurück. Diese vorsichtigen Anfänge brachten damals einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung. Leider wurden sie von der überwiegend konservativen – an der Aufrechterhaltung des status quo interessierten – Staats- und Parteibürokratie gebremst und schließlich, mit stiller Billigung Breshnews, des Generalsekretärs der KPdSU, zu Grabe getragen. In den folgenden rund zwanzig Jahren wirtschaftlicher Stagnation hat die Sowjetunion in entscheidenden Bereichen der wissenschaftlich-technischen Revolution den Anschluß verloren – insbesondere im Bereich der Computerisierung von Verwaltung und Wirtschaftslenkung, bei der Entwicklung und Anwendung ressourcensparender Technologien und bei der Produktionssteigerung in der Landwirtschaft. Aus dieser »Vorgeschichte« wird bereits deutlich, wie problematisch die wirtschaftspolitische Situation am Anfang der von Gorbatschow initiierten Umgestaltung war.

Mit Beginn der »Perestrojka« wurde die theoretische Arbeit zu einer fundamentalen Umgestaltung der sowjetischen Volkswirtschaft verstärkt. In der sowjetischen Führungsspitze herrschten dazu allerdings keine einheitlichen Auffassungen. Gorbatschow

»Trotz Tendenzen verstärkter Korruption hatte sich der sowjetische Partei- und Staatsapparat in seinem Kern an bestimmte Regeln und Normen gehalten. Dazu gehörte eine bestimmte soziale Verantwortung. Er war kontrollierbar bis zum Ende. Er hätte unter anderen ideologischen Vorzeichen neu ausgerichtet werden können. Ansonsten hätte er sich nicht durch die Perestrojka derart diszipliniert entmachten lassen.«

M. Brie/D. Rosenberg:
Die Krise war vorhersehbar und vermeidbar, in:
Neues Deutschland vom
4. September 1998.

»Rußland ist eigentlich kein Schuldner im Westen, sondern Kapitalnettoexporteur. Aber dieses Kapital ist privat buchstäblich gestohlen, während die Schulden ganz selbstverständlich dem Staat zugerechnet werden.«
M. Brie/D. Rosenberg:
Die Krise war vorhersehbar und vermeidbar, in:
Neues Deutschland vom
4. September 1998.

1 Vgl. L. Abalkin: Zickzack des Schicksals, Moskau 1996, S. 35.

»Das Kapital der ›Neuen Russen‹ tauchte ... im Westen auf, als in der UdSSR die Binnekonvertierbarkeit des Rubels eingeführt, die Valutabörse gegründet und das staatliche Außenhandelsmonopol abgeschafft wurden.«
Z. Medwedew:
Herbst in Rußland, in:
Neues Deutschland vom
12. November 1998.

selbst besaß kein klar formuliertes Konzept für die ökonomische Umgestaltung. Das war einer der Hauptgründe dafür, daß in den Jahren der »Perestrojka« eine wirtschaftspolitische Kampagne die andere ablöste. Alles war schlecht vorbereitet und wurde nur inkonsequent durchgesetzt – zum Teil mit negativen Sofortwirkungen. Die Versorgung der Bevölkerung verschlechterte sich zusehends.

Erst im Frühjahr 1990 legte die Regierung Ryschkow ein klares Programm zur einer umfassenden Wirtschaftsreform vor, dessen Umsetzung durch das vorhandene Potential an hochqualifizierten Kadern als gesichert gelten konnte. Vorgesehen war der Übergang von einer streng zentralisierten Planwirtschaft zu einer Wirtschaft mit starken marktwirtschaftlichen Elementen innerhalb eines Zeitraumes von mindestens sechs Jahren in drei Transformationsetappen.¹ Dieses Programm war aber zu diesem Zeitpunkt politisch bereits nicht mehr durchsetzbar. Zu groß war bereits der Vertrauensverlust, zu stark die Opposition und zu einflußreich die politischen Kräfte, die – vor allem auch in Rußland selbst – für eine Souveränität der nichtrußländischen Sowjetrepubliken eintraten. Im September 1990 stimmte der Oberste Sowjet Rußlands für das abenteuerliche »Programm der 500 Tage«. Wenig später fand der schon erwähnte Augustputsch 1991 statt. Er provozierte und begünstigte – unabhängig von den Absichten seiner Initiatoren – den endgültigen Zerfall der Sowjetunion und die Entscheidung für die »Schockvariante« ökonomischer Umgestaltung. Die »Perestrojka« endete mit einem wirtschaftspolitischen Debakel.

Noch zu Sowjetzeiten, in Verantwortung des Regierungschefs Ryschkow, wurden marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsmechanismen erprobt, die aber aufgrund des Fehlens entscheidender Voraussetzungen und Rahmenbedingungen gescheitert sind. Mehr noch, diese ungenügend vorbereiteten, aber sehr breit angelegte »Experimente« haben die angeschlagene sowjetische Wirtschaft weiter destabilisiert. Ein markantes Beispiel dafür stellt die 1988 von der Regierung beschlossene Zulassung einer neuen Art von Genossenschaften (russ. »Kooperativy«) dar. In der Realität war das der erste Versuch der Einführung von Privatbetrieben. Man erhoffte sich damit verbesserte Dienstleistungen und das schnelle Schließen von Versorgungslücken im Bereich der »tausend kleinen Dinge«.

Den »Kooperativy« wurde gestattet, die Preise für ihre Waren und Dienstleistungen selbst zu bestimmen. Wie erwartet, nutzten sie sehr bald die bestehenden Marktlücken, jedoch vor allem solche, bei denen sie die enorme Differenz zwischen den staatlich gestützten und den freien Preisen zu ihrem Vorteil ausbeuten konnten. Im Ergebnis verschwanden aus den staatlichen Geschäften binnen kürzester Zeit fast alle subventionierten Lebensmittel und ein Teil der Industriewaren, um kurze Zeit später zu wesentlich höheren Preisen auf dem »freien Markt« wieder aufzutauchen. Die Genossenschaften erschlossen rasch Wege für die Nutzung staatlich subventionierter Grundmittel (Gebäude, Maschinen, Anlagen) und staatlicher Billigpreise für Elektroenergie, Wasser, Heizung und Rohstoffe. Sie wurden zu Umschlagplätzen für den illegalen Handel mit defizitären Halbfabrikaten und technischen Artikeln (z.B. Baustoffe, Sanitärtechnik, Elektrotechnik), die von den Staatsbe-

trieben abgezweigt wurden – abgezweigt werden mußten, weil es keinen marktorientierten Großhandel gab.

Als verheerend erwies sich der den Genossenschaften erlaubte uneingeschränkte Bargeldverkehr. Für alle Staatsbetriebe galt damals noch immer eine strenge Finanzdisziplin und die Pflicht, alle wesentlichen Verrechnungen bargeldlos abzuwickeln. Nun wurden rein buchhalterische Möglichkeiten gefunden, einen Teil des »Buchgeldes« über die Genossenschaften in Bargeld umzuwandeln. Diesen Vorzug bestand darin, daß damit Vorprodukte zu staatlich gestützten Preisen erworben werden konnten, während die Erzeugnisse zu »freien« Preisen abgesetzt wurden. Das Ergebnis manifestierte sich im verdeckten Bargeldabfluß aus den Staatsbetrieben, in der Nutzung der Genossenschaften zur »Geldwäsche« vor allem durch die Schattenwirtschaft, in der Tarnung von Diebstählen am Volkseigentum und im baldigen Ausverkauf teurer Industriewaren. Die bis dahin strenge Überwachung der umlaufenden Geldmenge konnte unter diesen Umständen nicht mehr gewährleistet werden. Nicht zuletzt wurden dadurch die bereits im »Realsozialismus« angestauten Inflationspotentiale freigesetzt. Verschärfend trat hinzu, daß der Staat zu diesem Zeitpunkt besaß kein Steuersystem, das auf marktwirtschaftliche Erfordernisse ausgerichtet war. Die Genossenschaften zahlten – wenn überhaupt – dann bestenfalls nur symbolische Steuern.

Da die Schaffung der Voraussetzungen für eine funktionierende Marktwirtschaft (Veränderungen der Eigentumsformen, marktgerechtes Finanzsystem, marktorientierter Großhandel, Steuersystem, Gesetzgebung, Preisregulierung u.a.m.) einen längeren Zeitraum benötigt hätte, wäre es sicherlich zunächst sinnvoll gewesen, mit der Zulassung eines *bewußt begrenzten Sortiments* kleiner und kleinster privater Unternehmen zu beginnen, die Dienstleistungen für die Bevölkerung und vor allem auch für landwirtschaftliche Betriebe bereitgestellt hätten. Daraus hätten sich Keimzellen einer funktionierenden und vor allem auch produktiven Privatwirtschaft entwickeln können, die für eine gewisse Übergangszeit parallel zur immer noch vorrangig staatlich geplanten und gelenkten Wirtschaft existierten.

Notwendig wäre also ein behutsamer Übergang zu marktwirtschaftlichen Strukturen gewesen, die sich den russischen Bedingungen und Besonderheiten fließend angepaßt hätten. Hauptaufgabe des Staates wäre es in diesem Fall, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen und die über Jahrzehnte gewachsenen staatlichen Wirtschaftsstrukturen mit einem Minimum an sozialen Erschütterungen schrittweise zu dezentralisieren und in neue Eigentumsformen zu überführen.

Bei einer solchen Herangehensweise hätte es durchaus gelingen können, daß in Rußland ein spezifisches Wirtschaftsmodell entsteht, das die positiven Elemente gesteuerter (sozialistischer) Wirtschaftsentwicklung mit der Effizienz marktwirtschaftlicher Systeme sinnvoll verbunden hätte.

»Statt dessen hat der 1992 unternommene Versuch, die Reform extrem zu beschleunigen und ihre natürliche Logik zu umgehen, den Lauf der sozialökonomischen Entwicklung des Landes ernsthaft zurückgeworfen. Dieser Versuch, der sich kaum auf ökonomi-

»Die Ziffern über das Ausmaß der Kapitalflucht aus Rußland variieren sehr stark... Die Angaben schwanken zwischen 240 und 600 Milliarden Dollar. Eine exakte Berechnung ist unmöglich, denn ein bedeutender Teil des Ex- und Imports von Devisen läuft illegal ab und wird weder von russischen noch von ausländischen Finanzdiensten registriert. Die Mehrzahl der russischen Banken bewahren ihre Devisenreserven im Ausland auf. Etliche russische Exporteure belassen ihre Deviseneinnahmen ganz oder teilweise außerhalb des Landes. Die vielen Gemeinschaftsunternehmen, die jetzt in Rubel handeln, haben ihre täglichen Einnahmen in Dollars umgetauscht und auf ausländische Konten überwiesen. Eben deshalb bewirkte die Dollarisierung der russischen Ökonomie den Schwund der Devisenreserven bei der Zentralbank. Der Hauptgewinn der russischen Marktwirtschaft verschwand auf westlichen Konten.«

Z. Medwedew:

Herbst in Rußland, in:
Neues Deutschland vom
12. November 1998.

2 L. Abalkin: Zickzack des Schicksals, a.a.O., S. 117.

»In der Sowjetunion wurde eine gigantische Schwerindustrie geschaffen... Wie sollte man die privatisieren? Vergleichbares Privatkapital existierte nicht, dafür aber eine unvergleichlich entwickelte Nomenklatura... Die Nomenklatura gewärtigte rasch, daß die Kapitalisierung des Landes ihre Rettung ist. Statt die Unternehmen in die Hände der Belegschaften zu geben (was der zweite mögliche Weg der Privatisierung gewesen wäre), betrieb sie die Freigabe der Preise und liquidierte damit die Ersparnisse der Bevölkerung. Danach gab sie im Namen des Staates Voucher und Aktien aus, kaufte sie schnell und konkurrenzlos – mit Mitteln des Staates – auf und drückte dazu die Preise der Privatisierungsobjekte. Die leitenden Beamten von Ministerien und Ämtern bemächtigten sich also kollektiv der Aktien der ihnen unterstehenden Unternehmen, so daß im Resultat faktisch keine Privatisierung, sondern eine Nomenklatura-Kollektivierung erfolgte.«
W. Belozerkowski: Sind Rußland und der Kapitalismus miteinander vereinbar?, in: Neues Deutschland vom 7. November 1997.

3 Voucher sind Gutscheine, die jedem Bürger einen Anteil an dem zu privatisierenden Vermögen garantieren sollten.

4 Vgl. dazu Rede des Vorsitzenden der Regierung der RF J. Primakow auf dem Weltwirtschaftsforum, in: Kommersant, Nr. 228 vom 05. Dezember 1998.

sche Berechnungen, als vielmehr auf politische Ambitionen und Empfehlungen des IWF (Internationalen Währungsfonds) stützte, führte zu einer forcierten Zerstörung gewachsener Strukturen ohne ihrer Ablösung durch neue. Das Ergebnis zeigte sich im Verlust der Steuerbarkeit der Wirtschaft, im krassen Rückgang der Produktion, in der Verarmung eines Großteils der Bevölkerung.«²

Vor jeglicher vollständigen Deregulierung der vordem streng zentralisierten Planwirtschaft hätte ein Konzept zur Umstrukturierung der Rüstungsindustrie und jener Städte erarbeitet werden müssen, die auf der Basis eines einzigen Produktionsprofils (einer Branche, eines Betriebes) funktionierten. Unter den besonderen Bedingungen der Sowjetunion – den geographischen Gegebenheiten (große Entfernungen, Urwälder, Steppen, Wüsten), der klimatischen Vielfalt (vom Nordpolarmeer bis zu den Subtropen), den demographischen Besonderheiten (stark differierende Besiedlungsdichte) und den unterschiedlichen sozialen Gegebenheiten (ohne marktwirtschaftlich funktionale Sozialsysteme) waren viele Regionen monostrukturell entwickelt, so daß die Stilllegung eines Großbetriebes kaum kompensiert werden konnte. Für die Bewohner der betroffenen Region gibt es kaum eine Möglichkeit des Ausweichens oder der beruflichen Umorientierung. Das Problem wurde zwar erkannt, aber in der Hast des Übergangs als zu kompliziert und daher lästig auf »später« vertagt.

Die in Rußland durchgeführte Privatisierung von Staatsbetrieben über die Ausgabe von Vouchern³ erwies sich am Ende als der falsche Weg. Es bereicherten sich vorrangig Funktionäre aus Wirtschaft, Partei, Komsomol und Staatsapparat sowie skrupellose Spekulanten aus der Zeit der »Kooperativ«. In der Geschichte gibt es wahrscheinlich kein zweites Beispiel für einen so gigantischen, staatlich sanktionierten Diebstahl durch Staatsbedienstete an der Bevölkerung. Das Ergebnis war ein präzedenzlos rasanter volkswirtschaftlicher Niedergang. Die Industrieproduktion von 1998 lag mehr als 50 Prozent unter der des Jahres 1990 (dem relativ schlechtesten Jahr der sowjetischen Volkswirtschaft); das Bruttoinlandprodukt sank 1998 gegenüber 1997 um 9,9 Prozent.

Der vom russischen Staat initiierten Privatisierungskampagne lagen ausschließlich fiskalische Überlegungen zugrunde. In erster Linie ging es darum, die subventionierten Betriebe abzustoßen, um damit den Staatshaushalt zu entlasten. Effektivitätsorientierte Überlegungen fanden kaum Beachtung, genauso wenig wie Erwägungen über mögliche Anreize für Investitionen oder die Erhöhung des Produktionsvolumens. Die russische Regierung unter Primakow schätzt inzwischen (1998) ein, daß dieses Vorgehen bei der Privatisierung einer der gravierendsten Fehler war.⁴

Die Freigabe des Außenhandels und der Preise im gesamten ehemals sowjetischen Wirtschaftsraum führte schnell zu einem nie gekannten Angebot an Importwaren, wodurch die Mehrheit der einheimischen Produzenten, die nicht konkurrenzfähig war, vom Markt verdrängt wurde. Oder aber die neuen »Eigentümer« verhökerten alles, was nur irgendwie losgeschlagen werden konnte. Auf diese Weise wurden manche Betriebe einfach ausgeschlachtet. Die Hoffnung auf eine schnelle Anpassung der inländischen Pro-

duzenten an die Konkurrenz konnte sich bei der Größe der sowjetischen Betriebe, den fehlenden Erfahrungen der Betriebsleitungen, dem um sich greifenden Bereicherungsrausch (nach 70 Jahren war plötzlich fast alles erlaubt), der parallel laufenden Zerstörung des Wirtschaftsraums UdSSR und bei der unsäglichen Trägheit des (noch) sozialistischen Wirtschaftssystems nicht erfüllen. Der faszinierende Anblick voller Läden kaschierte nur notdürftig die Kehrseite: den andauernden Verfall der russischen Wirtschaft.

Die Binnenkonvertierbarkeit des Rubel wurde im Herbst 1992 – auch nach Einschätzung westlicher Experten – zu früh eingeführt.⁵ Die allgemein höchst instabile Lage veranlaßte erfolgreiche Geschäftsleute und erst recht Wirtschaftsverbrecher und Spekulanten, die um ihre Gewinne fürchteten, dazu, ihr Kapital sicherheitshalber bei ausländischen Banken zu deponieren. Die Kapitalflucht wurde zudem dadurch begünstigt, daß im gleichen Jahr der Rohstoffexport weitgehend freigegeben wurde, so daß er durch den Staat kaum noch zu kontrollieren war. Bereits 1992 betrug der Gewinn aus dem Außenhandel mit Rohstoffen etwa 7 bis 10 Mrd. Dollar. Ein Großteil davon blieb auf ausländischen Konten und nur ein geringer Teil davon wurde reinvestiert oder für die Rückzahlung von Schulden genutzt. Bei ständig wachsender Auslandsverschuldung des Staates wurde Rußland – ähnlich wie in den achtziger Jahren einige lateinamerikanische Staaten – zu einem Nettokapitalexporteur.

Von der Unmöglichkeit, Marktwirtschaft »einzuführen«

Der Übergang zum Kapitalismus – apostrophiert als »Einführung marktwirtschaftlicher Methoden«⁶ – geschah im Prinzip per Dekret der Jelzin-Regierung. Bei jedem Reformprojekt und erst recht bei einem Vorhaben dieser Größenordnung bedarf es eines durchdachten Konzepts. Außer allgemeinen Reformvorstellungen, die im Verlaufe der Jahre durch den Druck der Ereignisse ständig präzisiert wurden, hat es ein stimmiges Konzept oder einen Generalplan der Reformen unter Jelzin nie gegeben.⁷

Einer der bekanntesten russischen Ökonomen und Reformer L. Abalkin äußerte dazu in einem Interview: »...die Regierung geht von einer eindeutigen ideologischen und politischen Position aus, entsprechend der es keinerlei Programme bedarf. Es werden keine Prioritäten benötigt, es besteht keine Notwendigkeit für eine bestimmte, klare Strukturpolitik. Wichtig ist es, den Markt zu schaffen, und er selbst löst dann automatisch alle Probleme. Dann entstehen die Branchen und die zukunftsfruchtigen Betriebe, die effektiv sind, und auch die Produkte, für die eine Nachfrage besteht. Aber das ist keine Aufgabe des Staates, der Staat darf sich damit nicht befassen. Das ist ein Mythos, der vorgibt, daß der Markt (bei der heutigen Produktionsstruktur, der Kompliziertheit der wissenschaftlich-technischen Grundlagen usw.) in der Lage ist, autonom die Lösung all dieser Probleme zu gewährleisten. Und daran wird geglaubt, auch das wurde zu einem Element unseres gesellschaftlichen Bewußtseins. Aber es ist nur ein Mythos.«⁸

Die neuen russischen Machthaber hatten in der Regel nur primitive Vorstellungen von Marktwirtschaft, die auf der Vorstellung von der einfachen Institutionalisierung des Marktes gründete. Was

5 Vgl. Diskussionsbeitrag von Ernst Welteke, Präsident der hessischen Landeszentralbank, auf der Internationalen Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung »Rußland 2000« am 4. und 5. November 1998 in Berlin, Tagungsprotokoll.

»Zu den Folgen des kapitalistischen Aufbaus gehörte zudem die Erdrosselung kleiner, tatsächlich privater Produktions- und Baufirmen... Sie wurden erstickt durch Hyperinflation, Reduzierung des Marktes, Steuern, Erpressung durch Banditen und Beamte.«
W. Belozerkowski: Sind Rußland und der Kapitalismus miteinander vereinbar?, in: Neues Deutschland vom 7. November 1997.

6 Vgl. dazu die grundsätzliche Kritik von Olaf Steffen: Die Einführung des Kapitalismus in Rußland. Ursachen, Programme und Krise der Transformationspolitik, Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik, Bd. 16, Hamburg 1997.

7 Vgl. dazu die umfassende Beschreibung des Transformationsverlaufs in den Jahren 1991-1995 bei Roj Medwedew: Kapitalismus in Rußland?, Moskau 1998, insbesondere Kapitel 2.

8 L. Abalkin: Zickzack des Schicksals, a.a.O., S. 126.

9 Vgl. dazu auch den Diskussionsbeitrag von Andrej Issajew, Vorstandsmitglied des Unabhängigen Russischen Gewerkschaftsverbandes (FNPR), auf der Internationalen Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung »Rußland 2000«, a.a.O.

»Zu Zeiten der Sowjetunion wollte die Mehrheit der Bevölkerung wohl eine Demokratisierung und Humanisierung der bestehenden Ordnung, inklusive natürlich eine Erhöhung ihres Wohlstandes. Sie wollte, daß die Losungen von sozialistischen Idealen und Werten ins reale Leben hinüberwachsen, zeigte aber keinerlei Neigung zum Kapitalismus. Dennoch wurde die kapitalistische Reform ohne ehrliche Diskussion der Alternative – Übergabe der Staatsbetriebe und Institutionen an die Arbeitskollektive – aufgezwungen.«
W. Belozerkowski: Sind Rußland und der Kapitalismus miteinander vereinbar?, in: Neues Deutschland vom 7. November 1997.

ihnen überhaupt fehlte, war ein Konzept von sozialer Marktwirtschaft. Für sie war in erster Linie der soziale Wohlstand in den westlichen Industrienationen das Leitbild, aber nicht die harte Arbeit und die sozialen Kämpfe, die dahinter standen. Sie übersahen die Rolle der Gewerkschaften, die den relativen Wohlstand der Werktätigen über Jahrzehnte errungen hatten. Manche Regierungsoffiziellen reduzierten Marktmechanismen auf das Niveau des Tauschhandels auf sowjetischen Bauernmärkten. Sie unterschätzten völlig den zivilisatorischen Einfluß der in Klassenkämpfen gewachsenen westlichen Demokratie. Daher auch die unkritische Übernahme neoliberaler Konzepte und Empfehlungen sowie die völlige Unterschätzung sozialflankierender Institutionen und Maßnahmen.⁹

Das planlose Hineinstolpern in die Marktwirtschaft hatte unvermeidlich zur Folge, daß unterschiedliche Gruppeninteressen (militärisch-industrieller Komplex, streikende Bergarbeiter, Belegschaften nichtkonkurrenzfähiger Betriebe usw.) bedient werden mußten, die objektiv dem Transformationsprozeß entgegen standen. Weitreichende Entscheidungen mußten deshalb oft hinter verschlossener Tür von der Regierung oder direkt vom Präsidenten getroffen werden. Nicht selten wurden so lediglich politische Überlebensinteressen nach Maßgabe des Augenblicks bedient.

Der Schaffung eines modernen, den russischen Besonderheiten angepaßten Rechtsstaates – als eine Voraussetzung für eine politisch gesteuerte Reform – schenkten Präsident und Regierung zu wenig Aufmerksamkeit. Mehr noch; die Verfassung von 1993 befreite die Exekutive weitgehend von der Kontrolle durch das Parlament. Die Folgen sind verheerend: ein – gelinde gesagt – miserabler Zustand der Jurisprudenz, ein ineffektiver und stetig wachsender bürokratischer Apparat, eine fortgesetzte Vergeudung staatlicher Mittel nach Gutdünken des Präsidenten, keine wirkliche Gewaltenteilung sowie eine unbefriedigende Ausgestaltung des Föderationsprinzips.

Die hastige, zum großen Teil unkontrollierte Aneignung des Volkseigentums durch »Insider« und Spekulanten führte zu einem nie gekannten Anwachsen der organisierten Kriminalität. Der Staat – zum Teil selbst korrumpiert – konnte nicht mehr die notwendige Kraft aufbringen, um dieser Entwicklung energisch entgegenzuwirken. Das Unvermögen des Staates, die Kriminalität einzudämmen, wurde nun rhetorisch kaschiert. Zum Beispiel wurde zur Rechtfertigung der »wilden« privaten Aneignung des Volkseigentums und der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich als zwingendes Argument der Marxsche Gedanke von der »ursprünglichen Akkumulation« des Kapitals bemüht. Die wachsende Zahl der Auftragsmorde an Politikern, Geschäftsleuten und Banditen wurde und wird durch den Verweis auf die Geschichte der USA – speziell auf die Chicagos – bagatellisiert. Wichtig in diesem Zusammenhang erscheint der Verweis auf die Theorie der »Selbstzivilisierung der Kapitalisten«, die Z. Medwedew wie folgt beurteilt: »Zu Zeiten der Voucher-Privatisierung des Staatseigentums 1992-93 wurde die Theorie propagiert, die Entstehung einer Klasse reicher Eigentümer führe unausweichlich und spontan zur Ausbildung eines Rechtsstaates, in dem Gesetze und nicht Menschen herrschen. Die reiche Mittelklasse, so diese Theorie, will und kann nicht unter den Bedingungen krimineller Rechtlosig-

keit leben und schafft deshalb zuverlässige Systeme zum Schutz ihres Eigentums und des Eigentums aller anderen Bürger. Vielleicht wäre es so geschehen, wenn der Kapitalismus in Rußland nicht auf höheren Befehl eingeführt worden wäre. Beim Versuch, den Kapitalismus in zwei Jahren zu schaffen, erwies er sich indes als Kapitalismus der Nomenklatura.«¹⁰ Zu ergänzen wäre: Nicht nur der Nomenklatura, sondern auch der im Prinzip alten russischen Bürokratie, die jetzt nicht mehr wie im Sozialismus Wohnungen, Autos, Ferienschecks usw. verteilt, sondern Geld.

Im Verlaufe des Transformationsprozesses in Rußland gab es eine Reihe weiterer Fehlentscheidungen sowie Widersprüche und Probleme, deren umfassende Analyse einer späteren und gründlicheren Retrospektive vorbehalten bleiben muß. Eines läßt sich jedoch mit Sicherheit feststellen. In den acht katastrophalen Jahren des Übergangs vom Sozialismus sowjetischer Prägung zur postsowjetischen kapitalistischen Mißgeburt wurde das Land von drei Kraftquellen am Leben gehalten – von den bescheidenen Hoffnungen breiter Schichten der Bevölkerung auf eine bessere Zukunft, von den »erbeuteten« wirtschaftlichen Ressourcen der Sowjetunion und auch von der finanziellen und politischen Hilfe des Westens. Spätestens seit dem 17. August 1998, dem Tag des Zusammenbruchs der vom russischen Staat aufgebauten Finanzpyramide (»schwarzer August«) wurde klar, daß diese Quellen versiegt sind.

Heute tendieren zwei Drittel der russischen Gesellschaft zu einem »dritten Weg«, d.h. zu einer sozialen Marktwirtschaft und zum Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates unter Einbeziehung bewahrenswerter Elemente der sozialistischen Entwicklungsetappe. Sie wollen auf keinen Fall neue soziale Erschütterungen.¹¹ Es scheint, daß die neue russische Regierung unter Jewgenij Primakow versucht, diesem gesellschaftlichen Bedürfnis Rechnung zu tragen. Seine Regierung unterscheidet sich von den bisherigen Regierungen der Jelzin-Ära vor allem dadurch, daß sie – nach einer kritischen Analyse der jüngsten Vergangenheit – deren Wirtschaftspolitik nicht fortsetzen will. Ihr geht es grundsätzlich um eine demokratische Entwicklung der Gesellschaft, die Bewahrung des politischen Pluralismus, die Fortsetzung marktwirtschaftlicher Reformen und die Entwicklung der russischen Wirtschaft als Teil der Weltwirtschaft. All das soll – und das ist der entscheidende Unterschied zur bisherigen Praxis – von einem *starken Staat* gefördert und gestützt werden. Als ein Kernproblem betont sie die soziale Orientierung der Reformen. Nach Auffassung Primakows sind ohne sozialpolitische Stabilität alle Reformen zum Scheitern verurteilt.

Inwieweit es gelingen wird, die katastrophale Wirtschaftslage in Rußland wenigstens teilweise zu verbessern, läßt sich im Augenblick nicht absehen. Der Spielraum für wirtschaftspolitische Entscheidungen ist viel zu eng. In vielem wird die Regierung von der Not und den inzwischen geschaffenen Fakten getrieben. Anfang Dezember 1998 stellte sie einen Plan der vorrangigen Aufgaben und zur Stabilisierung der sozialökonomischen Lage vor. Dieser Plan ist ein Anfang, und er läßt hoffen.

10 Z. Medwedew:
Herbst in Rußland, in:
Neues Deutschland, vom
12. November 1998.

»Die Krise in Rußland ist dermaßen tief und allumfassend, daß unsere Hauptaufgabe im elementaren Überleben der Wirtschaft des Landes als solcher besteht. Die neue Regierung betrat Ruinen, die uns die Reformer hinterlassen haben. Wir haben unsere ökonomische und Nahrungsmittelsicherheit eingebüßt. 60 Prozent der Lebensmittel sind Import. Der Rückzahlungen für die Auslandsverschuldung betragen im kommenden Jahr (1999) 17 Mrd. Dollar. Das verkraften wir nicht. Die Situation in der Wirtschaft und in der sozialen Sphäre wird sich in jedem Falle über eine gewisse Zeit weiterhin verschlechtern.«

J. Masljudow (Stellvertreter des Vorsitzenden der Regierung der RF) in einem Interview, in: *Wek*, 46/98.

11 Vgl. dazu auch den Diskussionsbeitrag von Michail Gorskow, Leiter des Meinungsforschungsinstituts RNISINP Moskau, auf der Internationalen Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung »Rußland 2000«, a.a.O.